

Bezugspreis: Vierteljahr 2.70 RM., monatlich 2.35 RM., ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtzehnstellige Anzeigenliste ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Dienstag, den 4. Februar 1919. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Kampf um Bremen.

Die Bremer Mobilisten scheinen zum Neuzug ent- schlossen zu sein, um die von ihnen zeitweilig geforderte De- mokratie zu verewaltigen. Es ist klar, daß die Entwicklung in den Hafenstädten der Reichsleitung nicht gleichgültig sein kann.

Wie die Wahlen zur Nationalversammlung gezeigt haben, bilden die jetzigen Gewalthaber von Bremen eine lächer- liche Minderheit — selbst innerhalb der Arbeiterschaft.

Der Einmarsch begonnen.

Die Abmachungen, die mit den Vertretern Bremens in der Sonntagsnacht geschlossen worden sind, sind von den Bremer Sozialisten nicht angenommen worden.

Kämpfe im Gange.

Der Kampf um Bremen ist im Gange. Wie von der Kommandantur mitgeteilt wird, sind die Truppen der Division Gerstenberg von allen Seiten im Anmarsch und auf allen Abschnitten der Front finden Gefechte statt.

Wie Karl die Hamburger Hilfstruppen sind, ist noch nicht bekannt. In der Nacht wurden von der Arbeiterschaft weitere umfangreiche Verteidigungsmaßnahmen getroffen.

Wie aus Verden mitgeteilt wird, sind von Berlin aus eine weitere Brigade Landesschützen und starke Minenwerfer- truppen zur Unterstützung der Division Gerstenberg abge- gangen.

Seit 10 Uhr sind die Kämpfe der Reinerungsstruppen mit der Bremer Arbeiterschaft im Gange. Man hört starkes Ar- tilleriefeuern namentlich von der Südfont von der Gegend aus Verden zu.

Zuzug aus Bremerhaven.

Bremerhaven, 4. Februar. (Z. U.) Heute nacht 1 Uhr wurde hier eine auf Seiten der Bremer Sozialisten teil- nehmende Freiwilligen-Expedition in Stärke von etwa 2000 Mann alarmiert und im Extrazug nach Bremen befördert.

Einigung zwischen Polen und Tschechen.

Paris, 4. Februar. (Havas.) Zwischen den Polen und Tschechoslowaken ist ein vorläufiger Vertrag, der sich auf das Fürstentum Teschen bezieht, geschlossen worden. Er be- stimmt die Grenzen der Gebiete, die jedes Land besetzen wird.

Die Internationale in Bern.

Die Vorbereitungen für die Internationale Sozialisten- konferenz sind beendet. Sie sind von einem starken Geiste der Versöhnlichkeit getragen gewesen. Die Delegierten haben vermocht, all das Schmerzhafte, das in den letzten Jahren an ihren Völkern vorbeigegangen ist, all die Erregung der Kriegsjahre und die Verbitterung, die fast täglich an sie herantritt, zurückzustellen.

Nur 14 Tage standen zur Vorbereitung des ganzen Fragenkomplexes, dessen Kern die Liquidierung des Krieges im Sinne eines dauernden, gerechten, internationalen Freundschaft vorbereitenden Friedens ist, zur Verfügung.

Bern, 2. Februar. Der Internationale Sozialistenkongress wurde heute nachmittag unter zahlreicher Be- teiligung eröffnet. Erschienen sind 80 Delegierte aus 21 Ländern: Deutschland, Estland, Litauen, Lettland, Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen, Polen, Ungarn, Rumänien, Litauen, Estland, Lettland, Bulgarien usw.

Henderson schilderte in seiner Eröffnungsansprache die Schwierigkeiten, die einer internationalen Konferenz bei Kriegs- ausbruch entgegenstanden, und betonte, daß die jetzige Konferenz auf die Friedensverhandlungen einwirken werden und den In- teressen der Arbeiterschaft dienen solle.

Pranting nahm die Wahl zum Präsidenten als Beweis der Anerkennung für die von neutraler Seite, besonders von Schweden, während des Krieges unternommenen Schritte zugunsten der Internationale an. Er verbreitete sich sodann über die poli- tische Lage und über die Aufgaben der Konferenz.

Pranting führte in seiner Rede u. a. folgendes aus: Der Krieg, der die Welt verheert hat, war nur möglich innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welche immer bestrebt war, die Internationale abzuschaffen. Die Versuche, welche bis zum letzten Moment gemacht wurden, die Internationale zum gemein- samen Widerstand gegen den Krieg zu vereinen, sind vollständig gescheitert.

Wilson hat es unternommen, mit seinen 14 Punkten inmitten der Staatsmänner und Politiker der kapitalistischen Welt gewisser- maßen eine Revolution herbeizuführen und hat statt des Rechts des Einzelnen einfach das Recht der aller proklamiert. Wie Paris jetzt zum Sammelpunkt der herrschenden Klassen geworden ist, so kann auch Bern als Sammelpunkt der Arbeiterklassen Geltung be- kommen.

Arbeitslosenunterstützung.

Diese Tage gehen schwanger mit einer Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung. Man räumt und läßt allerlei dummes Zeug herum und beunruhigt durch aufregende Ge- rüchte die Arbeiterschaft, die von der Arbeitslosigkeit betroffen worden ist.

Arbeitslosenfrage und Arbeitsnot sind die beiden großen Worte, die am Eingange zur Zukunft Deutschlands stehen. Von der Art ihrer Behandlung, von der Lösung dieses Pro- blems, das sie darstellen, hängt für unsere Wirtschaft und für das Leben unseres Volkes ungeheuer viel — hängt alles ab.

Alle Verhältnisse im Staate beruhen auf Gegenseitig- keit. Die Gesamtheit vermag nichts zu geben, wenn nicht die Summe der einzelnen für die Gesamtheit schafft. Gesamt- heit ohne Solidarität ist nichts als ein müßer Menschenhaufen. Die Leistungen des Staates hängen immer mit den Leistun- gen der einzelnen zusammen.

Grundsätzlich muß Produktionsleistung des einzelnen gefordert werden, damit der Staat in der Lage ist, die Gegenleistungen, den gerechten Ausgleich, in genügendem Umfange zu gewähren. Die Geldunterstützung der Arbeitslosen soll das letzte Hilfsmittel sein, sie soll aber nicht, wie es in diesen Tagen, mitverschuldet durch un- genügende Vorbereitungen von Arbeitsgelegenheiten ge- worden ist, die fast ausschließliche Form der Arbeitslosen- hilfe sein.

Die Pflicht des Staates, die Existenz jedes einzelnen zu schützen, schließt die Pflicht jedes einzelnen in sich, produktive Arbeit in möglichst großem Umfange zu leisten. Der Staat ist nichts anderes als die Summe aller Menschen, die auf dem von ihm bedeckten Gebiete wohnen. Was der Staat leistet, leisten alle Volksgenossen gemeinsam, und wer den Staat zu unproduktiven Ausgaben zwingt, schädigt alle Volksgenossen.

Natürlich hat der einzelne im organisierten Staatsleben nicht die Möglichkeit, ungebremst frei und nach Geddanken sich Erwerbsquellen ohne Rücksicht auf andere aufzuschließen. Und darum muß der Staat in den Zeiten, wo es ihm nicht möglich ist, zu verhindern, daß Millionenmengen von arbeits- fähigen Menschen aus dem Produktionsprozeß herausge- schleudert werden. Sorge treffen, daß diesen Menschen tatstet- stens anderwärts die Möglichkeit zu produktiver Arbeit ge- geben wird.

Der Staat darf dann auch verlangen, daß diese von ihm bereitgestellte Arbeit angenommen wird. Und er hat ein Recht, denen, die sich der Verpflichtung entziehen, für den Unterhalt ihres Lebens selbst produktiv mitzuwirken, eine Geldunterstützung zu verweigern. Nicht die Geldunterstützung ist das Primäre, sondern der Arbeitslohn. Wenn die Möglichkeit, Arbeitslohn zu erwerben, gegeben wird und wer dieser bezahlten Arbeit aus dem Wege geht, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn seine Existenz in Gefahr kommt.

(Fortsetzung 2. Seite.)

Wir haben in früheren Industriezeiten, als der Vermögensüberschuss unseres Volkes außerordentlich groß war und wir uns leicht unproduktive Ausgaben gestalten konnten, die Pflicht zur Arbeitsannahme davon abhängig machen können, daß die Arbeit in der Nähe des Wohnortes des Arbeitslosen zu leisten war und so beschaffen war, daß sie einigermaßen der beruflichen Vorbildung des Arbeitslosen entsprach. Heute ist das nicht mehr möglich, heute sind wir so arm geworden, daß jede Hand, die sich regen kann, jeder Arm, der kräftig genug ist, um schaffen zu können, zur Arbeit verpflichtet werden muß. Wo die physische Möglichkeit besteht, irgendeine Arbeit zu leisten, da ist auch die Pflicht zur Arbeit gegeben. Wer sich um diese Pflicht drückt, schädigt unsere Wirtschaft, schädigt unser Volk, schädigt unsere Zukunft, vergrößert noch mehr unsere wirtschaftliche Not und der hat kein Anrecht darauf, vom Staate irgendwelche Rückfichten zu erfahren.

Dagegen muß denen, die trotz der Bereitwilligkeit zu arbeiten, nicht in der Lage sind, Arbeit und Lohn zu finden, und denen, die aus anderen gewichtigen Gründen produktive Arbeit nicht annehmen können, vom Staate das Maß von Geld- oder Naturalunterstützung gewährt werden, das für die Erhaltung ihres Lebens notwendig ist. In diesen Fällen kann auch die Arbeitslosenunterstützung nicht nur für eine bestimmte Frist bemessen werden. Sie muß vielmehr so lange bezahlt werden, bis es gelungen ist, Arbeitslohn dafür anzuschaffen.

Die Arbeitslosenunterstützung soll so reichlich sein, daß das Leben des Ruhiers gesichert ist. Sie darf aber schon aus moralischen Gründen nicht so hoch oder gar noch höher sein als der Arbeitslohn. Die Arbeitslosenunterstützung muß so bemessen sein, daß der Arbeitslose fortgesetzt angezogen bleibt, sich ein besseres Einkommen durch Arbeit zu beschaffen.

Die Pflicht, Arbeit anzunehmen, beschränkt sich nicht nur auf Arbeit am Wohnort des Arbeitslosen, sie muß überall angenommen werden. Darum muß, wenn verheiratete Arbeiter auswärts Arbeit annehmen sollen, für eine gewisse Unterstützung der zurückbleibenden Familie gesorgt werden. Denn die Löhne sind nicht so hoch, daß damit zwei Haushaltungen versorgt werden können. Es ist aber gleichzeitig nötig, um diesen abgewanderten Arbeitern die Bequemlichkeit und Freude des Familienlebens rasch wieder zu beschaffen, den Familien abgewanderte Arbeiter alle Erleichterungen für den Umgang zu gewähren. Es sind Vereinfachungen eisenbahntechnischer Natur zu gewähren und für die nachkommenden Familien mit ihrem Hausgerät sind Transportvorrichtungen festzusetzen.

Es ist dringend nötig, daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung mit weitestem sozialen Verständnis behandelt wird. Es ist aber ebenso nötig, daß das, was unter Berücksichtigung aller sozialen und wirtschaftlichen Interessen für notwendig erkannt worden ist, mit entschiedener Hand und Energie und ohne Heugleichheit durchgeführt wird.

Wem Arbeit zugewiesen wird, für den besteht die Pflicht zur Arbeit.

Wer Arbeit nicht erhalten kann, hat das Recht auf Unterstützung; aber nur dieser!

Die Friedenskonferenz.

Die Ansprüche Griechenlands.

London, 3. Februar. Reuters berichtet über die Friedenskonferenz: Der Präsident der Vereinigten Staaten, die ersten Minister und Minister des Auswärtigen der alliierten und assoziierten Mächte und die japanischen Vertreter hatten heute von 11 bis 1 Uhr eine Sitzung am Quai d'Orsay. Sie nahmen eine Erklärung von Benelux über die Ansprüche Griechenlands entgegen. Die Besprechung wird morgen fortgesetzt werden. Nachher wird mit den italo-romänischen Delegierten verhandelt werden.

Die Ansprüche Griechenlands gehen auf den Kordepirus bis erheblich ins albanische Gebiet hinein, auf Konstantinopel, auf die Inseln im Ägäischen und im Marmarameer und auf alle die fruchtbarsten und von vielen Griechen mitbesiedelten westlichen Küstenteile Kleasiens.

Die Ladentür.

Von Hans Reimann.

Ich muß beim Kaufmann etwas besorgen.
Seit die geachtete Kaufmannswelt ihre Läden „der Neuzeit entsprechend“ umbauen und mit großen Glasfenstern hat versehen lassen, höflich man allenfalls auf Ladentüren, die immer anders aussehen, als man denkt.
Weißt nicht ein kleines Schild an der Tür „Trüben“ — oder „Ziehen“. Man zieht aber instinktiv, wo man hätte drücken sollen, und drückt, wo gezogen werden muß.
Wären keine Schilder da, ginge es genau so gut.
Die Schilder fänden einen bloß Irrtum.
Es sollte einheitliche Schilder geben: da, wo gedrückt werden muß, Türen, die zum Ziehen sind, dürften keine Schilder haben. Damit man, wenn ein Schild angebracht ist, von vornherein weiß: „Aha, drücken!“
Verwechslungen würden trotzdem vorkommen.
Während mir dieses alles durch den Kopf schob, nahm ich die Hände in die Hand und wollte die Tür aufziehen. Ein Schild war nicht dran.
Am letzten Augenblick durchquert es mich: Hal! Dies ist eine von jenen Türen, die allemal anders aussehen, als man denkt!
Ich drücke inselbstbesessen.
Das war selbstverständlich auch falsch. Einer Tür, die allemal anders aussieht, kommt man nicht bei.
Die Tür mußte — ausnahmsweise — gezogen werden.
Hätte ich gezogen, so wäre sie sicher zum Trüben gewesen. Es ist verwickelt — mit den Türen.
Drückt man, ist es falsch. — Zieht man, ist es falsch. —
Ich habe mir folgende Methode zurückgelegt, an deren Hand ich mit den Türen verfare:
Ich drücke, wenn ich annehme, es muß gezogen werden, und ich drücke, wenn ich annehme, es muß gedrückt werden.
Diese Methode hat das Grobartige für sich, daß man in Gluckfällen die Tür tatsächlich aufdrücken kann.
Wenn man nämlich sich sagt: „Wenn Du ziehst, ist es falsch!“, so drückt man, um es richtig zu machen; was aber falsch ist, indem die Tür gewöhnlich zum Ziehen ist. Wenn man sich dagegen sagt: „Wenn Du drückst, so ist es falsch!“, so man drückt wirklich — eben, weil man weiß, es ist falsch —, so kann man, wenn es falsch war, sich loben und damit trösten, daß man es im Voraus gewußt hat.

Die Kämpfe in Portugal.

Royalisten oder Republikaner oben auf?

Lissabon, 3. Februar. Reuters meldet aus Oporto: Die Royalisten stellen die Verdächtige auf Lissabon, denen zufolge sie dort eine Niederlage erlitten haben sollen, offiziell in Abrede. In Oporto ist das Leben wieder normal. Die Preise der Lebensmittel sind auf die Hälfte herabgesunken. Die Soldaten und bürgerlichen Beamten werden ordnungsgemäß bezahlt. Der Vormarsch der Royalisten nach Süden wird durch strömende Regengüsse behindert. Sie sind aber trotzdem schon in Sacra eingedrückt.

Wachsende Anarchie in Italien.

Bandentreiben.

Lugano, 3. Februar. (Meldung der „Telegraphen-Kompagnie“.) Italienischen Banditen zufolge entwickeln sich infolge der wirtschaftlichen Krise in Oberitalien Zustände, die sich in keiner Weise von zivilisierten Verhältnissen unterscheiden. Es haben sich bewaffnete Banden gebildet, die die Lebensmitteltransporte auf freier Straße anhalten und ausplündern, ohne daß es den Behörden gelungen ist, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Dem „Corriere della Sera“ zufolge sind in der ersten Januarhälfte allein fünfundsechzig Tausend Liter Getreide aus dem Norden abtransportiert worden.
Die Ernährungsfrage des Landes verwickelt sich von Tag zu Tag. Die größeren Städte Oberitaliens sind seit einer Woche gänzlich ohne Fleisch.

Ausschaltung Japans in der Südsee.

Genf, 3. Februar. (L.A.) Wie aus Paris gemeldet wird, hat die Haltung des Präsidenten Wilson in den kolonialen Fragen eine Eindämmung der japanischen Expansionsbestrebungen in der Südsee zum Ziel. In der letzten Sitzung des Senats trat Präsident Wilson mit Nachdruck dafür ein, daß die Verwaltung der deutschen Besitzungen im Stillen Ozean sowohl nördlich wie südlich des Äquators Australien und Neuseeland übertragen werden, während die japanische Einflusssphäre auf Konzeptionen in Kiautschau und wirtschaftliche Vergünstigungen in Sibirien beschränkt werden soll. Diese Stellungnahme der Vereinigten Staaten ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die amerikanische Regierung in einer Erweiterung des japanischen Machtbereichs im Stillen Ozean eine indirekte Bedrohung der amerikanischen Herrschaft auf den Philippinen und am Panamakanal erblickt und darum gezwungen ist, sich auf das entschiedenste gegen die Angliederung des deutschen Südseegebietes an Japan einzusetzen.

Kate-system und berufsständische Wahlen.

Schon wiederholt haben wir auf die verdächtige Ähnlichkeit zwischen dem russischen Sowjet-system und dem „berufsständischen Wahl-system“, dem Ideal der Reaktionen, hingewiesen. Jetzt bringt die neue von linksunabhängiger Seite begründete Zeitschrift „Der Arbeiterrat“ das trübliche Verständnis, daß es sich wirklich um nichts anderes handelt als um die Verwirklichung des reaktionären Ideals von der anderen Seite her. Das Blatt erklärt in seinem programmatischen Einführungsartikel:

Die proletarische Herrschaft darf nicht zur Partei-Ohnmacht verurteilt werden. Die Fortsetzung des Arbeiterrot ist nicht der Parteirot. Dem Arbeiterrot folgt vielmehr der Verwaltungsrat. Wenn die Betriebe mit sozialistischem Geiste erfüllt sind, muß er auch in die Verwaltung Eingang finden, um den Kapitalismus jeglicher Herrschaft zu entziehen.

Berufsständische Wahlen bis oben hinaus: Die Arbeiterräte wählen den Gemeinderat, die Gemeinderäte den Landrat, die Landräte den Provinzialrat, die Provinzialräte den Staatsrat, die Staatsräte den Zentralrat. Das ist proletarische Machtvollmacht! So nur gelangen wir zu einer wirklichen sozialistischen Republik!

Die gegebene Vereinigungsform für das Kate-System ist somit nicht die Partei, sondern das Kartell. In diesem Sinne erstreckt der „Arbeiterrat“ ein „Deutsches sozialistisches Kartell“ (D. S. K., Deutsches). Nur das D. S. K. kann dem Gesamtwillen der Arbeiter- und Verwaltungsräte Deutschlands machtvollen Ausdruck verleihen.

Die „berufsständischen Wahlen“ sind ein mittelalterliches Ideal, mit ihnen würde der alte Geist des Ständewesens wieder seinen Eingang finden. Das ist der größte Fortschritt

Es kommt auch vor, daß ich drücke, wenn ich mal sage: „Wenn Du ziehst, ist es richtig!“. Ich drücke in solchen Fällen aus dem Vertrauen heraus, das was mich zum Korren halten will, meinerseits zu verurteilen. Mitunter handele ich sogar von allem Anfang an im Gegensatz zu meiner ursprünglichen Absicht — ich ziehe also, wenn ich drücken wollte — und andere dieses Vorhaben — das Ziehen — in der allerletzten Sekunde ins Gegenteil, das heißt in den Ursprung — und drücke. Aber damit trifft man auch nicht den Nagel auf den Kopf.
Hinter das Geheimnis der „verkehrt herum“ aufgehenden Ladentür zu kommen, ist platterdings unmöglich.
Am schlauesten fährt man, wie gesagt, wenn man konsequent drückt, ob nun die Tür zum Ziehen ist oder zum Drücken. — Erfinder dieses Ladentürs ist der Ernst des Lebens.
Er verschmäht kein Mittel, und vor Augen zu führen, wie wenig wir ihm gemachsen sind.

Nick Carter und Spartakus.

Zu der Schindbeneidung, die in den Spartakusbüchern ihren Ausdruck findet, hat gewisslich auch die Nachwirkung der „Goldenen Literatur“ der Straße beigetragen. Mancher der unterverantwortlichen Jugendbücher, die jenseitig sich hierher austoben, hat seine Begeisterung für die Gewalttaten aus dem trüben Äußer der blutigen Großdenkweise gezogen. Nicht das kommunistische Manifest, sondern die namenlose Schundliteratur hat den Nährboden für das Aufsteigen politischer Phantasien geschaffen. Der Kapitalismus vergiftet noch weiter diese Reskulturationskaren des Sozialismus mit seinen ausprüdelnden Tränkelein.

Immer noch blüht, beiseiten und verborgen die 10-Pf.-Abenteurer-Literatur. Goldentum und Totschlag sind zwar, dem allgemeinen Preisbildungsgeiz folgend, auch um 100 Proz. geschiegen, und eine heroische Verbrechenslaufbahn kostet jetzt 20 Pf. Aber die Jungen verdrängen nach wie vor mit wachem Begehren all die Nick-Carter-Geschichte; verdrängen sie um so gieriger, als der Spartakus-Terror der Straße ihre Phantasie in eine doppelte und dreifache aufnahmefähige Stimmung versetzt hat. Dieses gedruckte Jugendgift bedarf nicht erst der Anpreisung, es empfiehlt sich von Mund zu Mund, und die unterirdischen in Gruelgeschichten, die seit Generationen verrohend gewirkt haben, werden nach wie vor mit heißen Augen gelesen. Noch immer wird es auf groß hineingekerteten Titulaturen als erstrebenswertes Ziel hingestellt: „Er schlug mit dem Fausthaken auf den Schädel des Feindes ein, bis dieser blutüberströmt in den Klüften verankert.“ Jetzt, da die Revolten und Straßenkämpfe in den jugendlichen Herzen nachhallen, da ihre überhöhten Köpfe voll sind des Feindes milder Gewalttaten, wäre es auch doppelt an der Zeit, diese gedruckte Gewaltpropaganda auszurotten. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Schundliteratur der

moderner Staatsauffassung, daß sie das Gesamtvolk als Träger des Staatswillens erkannt hat, nur der demokratische Staat liefert ein tragfähiges Fundament für die sozialistische Wirtschaftsordnung. „Berufsständische Wahlen“ bedeuten Zersplitterung, Desorganisationen, Anarchie, Mittelalter, Reaktion, alles nur nicht Sozialismus!

Sozialisierung, Verfassung und Arbeiterräte

Vorschläge der Sozialisierungskommission.

Die Sozialisierungskommission hat am 30. Januar unter Einziehung des Rechtslehrers Professors Kadbruch über den Verfassungsentwurf unter dem Gesichtspunkt beraten, die Sozialisierung in allen ihren Formen verfassungsmäßig zu ermöglichen und zu sichern.

Nach ihrem Vorschlag sollen der Kompetenz des Reiches unterliegen (§ 4 Nr. 6): „Die Vergeellschaftung von Naturerzeugnissen, Wirtschaftsbetrieben und Grundbesitz, der Unternehmungen eines Wirtschaftszweiges mit dem Zwecke einer einheitlichen Regelung der Gütererzeugung und der Preise und die Regelung des Einflusses der Arbeiter, der Verbraucher und des Gemeinwesens in den Wirtschaftsbetrieben.“

Die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Verfassung würde die Sozialisierung im eigentlichen Sinne, das heißt, die Ueberführung in das Gemeinwesen, der Kompetenz des Reiches vorbehalten und würde außerdem dem Reiche die Befugnis geben, Stellung und Aufgabe der Arbeiterräte gesetzlich zu regeln. Sollte die Verfassung im Sinne dieses Antrages ergänzt werden, so würde damit der § 28, der die Fragen der Landbesiedlung gesondert behandelt, überflüssig werden.

Die Vorschläge der Sozialisierungskommission scheinen uns in hohem Grade beachtenswert, weil sie zwischen den Kompetenzen der demokratischen öffentlichen Gewalten und denen der Arbeiterräte den allein richtigen Ausgleich schaffen. Gehehe zu erlassen, ist die Aufgabe der Volksvertretungen, in ihrem Rahmen für das Werden der neuen Wirtschaftsordnung zu wirken, die Aufgabe der Arbeiterräte.

Das jetzt freilich eine ganz andere Einstellung der Arbeiterräte voraus, als sie von linksunabhängiger, partokratischer Seite immer gepredigt wird. Die Arbeiterräte müssen sich auf ihre eigentliche Aufgabe, die auf dem Boden ihres Betriebs, ihres Berufs und der gesamten Wirtschaft liegt, konzentrieren, und sie müssen auch ihrer eigentlichen Aufgabe entsprechend ausgewählt werden. Hier eröffnet sich für unsere Genossen in den Betrieben eine große Aufgabe: sie müssen ihren minder aufgeklärten Kollegen klar machen, daß es nicht darauf ankommt, die Vordringlichsten und Lautesten in den Arbeiterrat zu wählen, sondern diejenigen, die für eine sachliche Vertretung der Arbeiterinteressen die besten Voraussetzungen mitbringen.

Die Arbeiterräte können nur dadurch ihre Existenzberechtigung erweisen, daß sie sich in die demokratische Ordnung einfügen und praktische Arbeit im Sinne der Sozialisierung leisten. Versuchen sie diese Aufgabe, dann begehen sie sich in einen tragischen Konflikt, der nicht nur mit ihrer Niederlage, sondern auch mit einer fäheren Schädigung der ihnen anvertrauten Arbeiterinteressen enden muß.

Reichskonferenz der Korpsoldatenräte Deutschlands.

Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands hatte die sämtlichen Korpsoldatenräte Deutschlands zu einer Reichskonferenz für heute vormittag 10 Uhr nach dem Sitzungssaal des Herrenhauses geladen. Der Eintritt in die Verhandlung fand eine endlose Geschäftsordnungsdebatte statt, die zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen führte, da der Zentralrat die Reichskonferenz in eine Besprechung umwandeln wollte. Die Delegierten sträubten sich mit aller Macht dagegen, vor allen Dingen aber auch gegen den Anfangs beabsichtigten Ausschluss der Presse. Bei Schluß dieses Verichts ist eine Einigung über diesen Antrag des Zentralrats noch nicht erfolgt, ebenso sind die Pressevertreter noch nicht zugelassen.

Stoche, die bisher sich auf Indianerdrift, ferne Goldflühen und amerikanische Platanienländer beschränkte, erobert sich den Tag und die Stunde. In den kleinen Strocherbuchhandlungen und bei den Zeitungsverselkern liegt ein 20-Pf.-Büchlein aus, das sich seinen Platz an der Sonne erobert will. „Will, der junge Revolutionär“, steht in schreienden Buchstaben auf dem kurt bemalten Titelbild, das einen fanatischen Knaben darstellt, der gerade ein Mädchen-gewehr auf seine lieben Mitmenschen richtet. Und als Unterchrift unter dieser erbaulichen Tätelerei liest man: „Will hielt als letzter an seinem Mädchen-gewehr aus.“

Die heranwachsende Jugend vor dieser Konkromantik zu bewahren, ist eine Aufgabe, die kein Verantwortlicher von sich weisen kann.

Notizen.

— Russl. Arbeiterabend von Bruno Eisner am 6. Februar, abends 8 Uhr, im Reichshofsaal: Werke von Dostojewski, Schumann, Liszt, William Ford, Couperin, Rameau, Scarlatti, Lauffig.

— Vorträge, 3. Februar, abends 8 Uhr, hielt U. ruzh zum Festen des Schulverbandes Deutscher Schriftsteller im Oberlissabon der Philharmonie seine Dichtung „Vor der Entscheidung“. Das im Oktober 1914 entstandene Werk war ein Opfer der Zensur.

— Gegen den Krebs! Für hervorragende wissenschaftliche Leistungen in Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten wird auch in diesem Jahre aus der Martin Brunnert'schen Stiftung in Nürnberg eine Gabe von ungefähr 1500 M. verteilt.

— Die merkwürdigen wissenschaftlichen Zeitfragen 1914—1919 werden in einer Vortragsreihe im Ingenieurhaus vom 6. Februar bis 27. März jeden Donnerstag abends von 6 bis 7 Uhr behandelt.

— Die Filmindustriellen und das Filmbezeugnat. Die Vereinigten Verbände der Deutschen Filmindustrie haben in einem Telegramm an den Rat der Volksbeauftragten, an das Reichswirtschaftsamt und an das Reichsamt des Innern Einspruch erhoben, daß die Besetzung des Filmbezeugnats bei der Preisbestimmung der Filmbranche ohne jede Rücksichtnahme mit der organisierten Industrie erfolgt sei. Zum Leiter des Filmbezeugnats ist der Schriftsteller Rudolf Kuch ernannt worden.

— Neue polnische Briefmarken. Die Polen haben schon mehrere neue Ausgaben von Briefmarken. Eine, die in Warschau erlitten, besteht zunächst aus vier Werten von 5 bis 50 Pf. Es sind verschiedene Bildvorstellungen mit der Jahreszahl 1916 und dem schwarzen Aufdruck „Poczta Polska“. Sie war von der Warschauer Stadtverwaltung damals zur Ausgabe vorbereitet worden, wurde aber von den deutschen Besatzungsbehörden eingezogen. Auch die deutschen Postkarten für das Generalkonvernement Warschau wurden nun mit demselben schwarzen Aufdruck versehen wie diese Marken.

